

INTERVIEW

mit Thomas Glauben

Der Ukraine-Krieg, der Welthandel und der Hunger im Globalen Süden



© IAMO / Foto: Markus Scholz



© picture alliance / Panama Pictures

POLITIKUM: Ich möchte mit Ihnen über die Auswirkungen des Ukraine-Krieges und der Sanktionspolitik auf den Hunger in der Welt sprechen. Zunächst allgemein gefragt: Der Welthungerhilfe zufolge sind über 800 Millionen Menschen von chronischem Hunger betroffen, weitere 150 Millionen sind von akutem Nahrungsmangel betroffen. Welche Trends in Bezug auf die Bekämpfung des Hungers können Sie beobachten?

Thomas Glauben: In der Tat ist die Reduktion von Hunger, Unterernährung und Armut – Zustände und Risiken, die eng miteinander verknüpft sind – eine zentrale Herausforderung. Besonders für die davon sehr betroffenen Regionen in Afrika und Asien. Auch die Weltgemeinschaft verbrieft in den Entwicklungs-

zielen (SDGs) der Vereinten Nationen etwa neben der Abwendung kriegerischer Konflikte oder der Begegnung klimabedingter Risiken auch die Bekämpfung von Hunger und Armut als eine der drängendsten globalen Aufgaben der Menschheit. Nicht zuletzt haben spätestens seit den 1990er Jahren wirtschaftliches Wachstum, soziale und marktwirtschaftliche Errungenschaften und insbesondere der massive Ausbau internationaler Agrarhandelsbeziehungen merklich zur Reduktion von Ernährungsrisiken und Hunger im Globalen Süden beigetragen. Dadurch konnte weitaus Schlimmeres vermieden werden. So hat sich beispielsweise seit Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 1995 der Weltagrarhandel mehr als verdoppelt. Oder vielleicht noch wichtiger: Die Lieferungen von Weizen, einem der wichtigsten Grundnahrungsmittel, nach Afrika hat sich seit den 1990ern ungefähr versiebenfacht; 2021 kam ein Großteil davon aus Russland und der Ukraine. Somit konnte der boomenden Nachfrage in Folge des hohen Bevölkerungswachstums in der Region begegnet werden. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Globalisierung der Agrarmärkte erwies sich als ein Segen in Sachen Hungerbekämpfung.

.....
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Thomas Glauben ist Direktor des Leibniz-Instituts für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und Professor für Agrarökonomie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Das Interview für **POLITIKUM** führte Ina Schildbach.

Dennoch ist seit einigen Jahren, insbesondere seit der Corona-Krise, wieder ein Anstieg an Hungernden und Unterernährten zu beobachten. In 2021 waren fast 200 Millionen Menschen in knapp 50 Ländern von akutem Nahrungsmangel betroffen. Besonders dramatisch ist die Lage etwa im Südsudan, Somalia und Äthiopien oder auch in arabischen Ländern wie Jemen und Syrien sowie Afghanistan. Länder, die ständig Kriegen und/oder Dürren bzw. Extremwetterereignissen ausgesetzt sind. Es gibt also noch viel zu tun. Viel zu tun für den Klimaschutz. Und viel zu tun für die internationale Diplomatie.

POLITIKUM: Covid-19-Pandemie, Klimawandel, Krieg – wir leben in Zeiten multipler Krisen. In den ersten Monaten des Angriffskrieges standen vor allem die blockierten Häfen, die dadurch erzeugte Verknappung von Getreide und der allgemeine Anstieg der Lebensmittel- und Düngerpreise im Fokus. Hat sich die Lage durch die von der Türkei vermittelte Vereinbarung zwischen der Ukraine und Russland dauerhaft entspannt?

Thomas Glauben: Ja. Die Lage hat sich, wie ich auch erwartet hatte, einigermaßen schnell bereits einige Monate nach Beginn des Krieges entspannt. Augenscheinlich direkt betroffen waren insbesondere die nachfrageboomenden Weizenimporteure der MENA-Region und in Afrika südlich der Sahara. Russland und Ukraine waren, wie erwähnt, deren Hauptlieferanten. Es wurde befürchtet, dass Lieferengpässe aus der Region gepaart mit anfangs hochschnellenden Preisen deren ohnehin kritische Ernährungssituation zusätzlich und nachhaltig belasten. Dies ist glücklicherweise nicht in ganz großem Ausmaß eingetreten. Obgleich – dies ist keine Frage – die hohen Preise seit spätestens Ende des letzten Jahrzehnts die Ernährungssituation verschärfen. Wir beobachten, nicht zuletzt getrieben durch Lieferengpässe, gestiegene Seetransportkosten und die inflationäre Geldpolitik infolge der Corona-Krise, bereits seit Mitte 2020 sprunghaft steigende Nahrungsmittelpreise.

POLITIKUM: Wie konnte die Ernährungssituation stabilisiert werden?

Thomas Glauben: Das zweifellos begrüßenswerte Getreideabkommen hat sicher die Versorgungslage begünstigt, spielte dabei allerdings nicht die zentrale Rolle. Fehlende Liefermengen aus der Schwarzmeerregion,

insbesondere der Ukraine, wurden vielmehr gemäß Prognosen der US-amerikanischen Landwirtschaftsbehörde (USDA) sowie aktuellen Handelsstatistiken (EUROSTAT, UN-COMTRADE, Refinitiv) weitestgehend durch Lieferungen anderer Länder, wie Indien, Argentinien, Brasilien und Frankreich, ausgeglichen. Bereits im ersten Halbjahr nach dem Kriegsbeginn in 2022 entsprach die gelieferte Weizenmenge nach Afrika etwa

.....
*Ich halte nichts von der
 „Hunger as a weapon-
 These“*

jener der gleichen Zeitspanne (März bis September) im Jahr 2021. Infolge der Beruhigung der Märkte bzw. der Erwartungen darauf sind auch die Weizenpreise auf internationalen Marktplätzen, wie der Pariser Warenterminbörse EURONEXT, wieder merklich gesunken. Von einer Spitze von 450 Euro/Tonne Weizen im März 2022 auf nunmehr 290 Euro/Tonne, also um rund 35 Prozent. Hierbei sind die Unsicherheiten bezüglich der Entwicklungen in der Ukraine bereits eingepreist. Dies ist immer noch ein vergleichsweise hoher Preis, der aber etwa auf dem Vorkriegsniveau liegt. Insgesamt zeigen diese Entwicklungen einmal mehr, dass der globale (Agrar-)Handel in der Lage ist, Nahrungsengpässen in Krisenzeiten entgegenzuwirken. Der wettbewerblich organisierte internationale Handel zeichnet sich als geeignete Risikostrategie zur Überwindung regionaler Produktions- und Versorgungsempässe aus – seien diese witterungs-, krisen- oder politikbedingt.

POLITIKUM: Auch die Preise für Energie und Gas sind gestiegen. In Deutschland diskutieren wir viel über die Inflation, die Zunahme der relativen Armut bis in die Mittelschicht hinein und die verheerenden Konsequenzen für das produzierende Gewerbe. Wenn wir den Blick weiten: Wie stellt sich die Lage im Globalen Süden dar?

Thomas Glauben: Ich bin kein Experte, was die Energie- und Gasmärkte angeht, und kann hierzu keine substanziellen Aussagen treffen, zumal mir keine belastbaren Fakten bzw. Analysen dazu bekannt sind. Ganz allgemein gilt auch diesbezüglich, dass Regionen sehr unterschiedlich betroffen sind, natürlich auch im Globalen Süden: Rohstoffreichere Länder werden im Allgemeinen besser aus der Krise kommen.

In diesem Zusammenhang kann ich aber gern auf Düngemittelmärkte eingehen, da die Erzeugung von Stickstoffdünger sehr gasintensiv ist, und diese eine zentrale Rolle bei der Produktion von Agrarrohstoffen und Grundnahrungsmitteln einnehmen. Der Krieg in der Ukraine hat auch die bereits kritische Lage auf den Düngemittelmärkten verschärft. Schon im Jahr 2021, während der Corona-Krise, hat sich der Preisindex für Düngemittel mehr als verdoppelt. Er ist dann bis April 2022 noch einmal um ca. 25 Prozent gestiegen, lag im Dezember 2022 etwa wieder auf dem Niveau von Ende 2021. Generell schränken, gemäß dem renommierten International Food Policy Research Institute in Washington D.C. (IFPRI), Exportverbote, ausufernde Genehmigungsverfahren sowie Sanktionen die Verfügbarkeit von Dünger ein, tragen zu Lieferunterbrechungen bei und treiben die Marktpreise in die Höhe.

POLITIKUM: Welche Folgen hat dies?

Thomas Glauben: Derzeit wirken sich solche Beschränkungen auf 20 Prozent des Welthandels aus und gefährden mehr als 50 Prozent der Düngemittelversorgung in 24 Ländern. So sind etwa mehrere westafrikanische Länder, wie Ghana, Elfenbeinküste oder Mauretanien, auf Dünger aus Russland angewiesen. Die sanktionsbedingten Erschwernisse für russische Düngerausfuhren haben dessen Verfügbarkeit natürlich eingeschränkt und belasten somit die heimische Nahrungsmittelherzeugung in diesen Ländern.

POLITIKUM: Moskau setzt Hunger als Waffe ein – darauf wird immer wieder hingewiesen, jüngst von der französischen Außenministerin Catherine Colonna und der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock bei einem gemeinsamen Besuch bei der Afrikanischen Union (AU) sowie bei Baerbocks Äthiopien-Reise. Unsere Regierung setzt seit einigen Monaten alle Hebel in Bewegung, um die Auswirkungen des Krieges auf die deutsche Bevölkerung und Wirtschaft abzufedern: Entlastungspakete in Milliardenhöhe im Innern, Verträge mit neuen Lieferanten, das Zahlen höherer Preise um die Speicher zu füllen und Investitionen in LNG-Terminals etc. nach außen. Auch wenn die Verschärfung des Hungers keine Intention darstellt, hat diese Politik nicht trotzdem negative Konsequenzen für die Ernährungssicherheit in ärmeren Staaten?

Thomas Glauben: Bitte sehen Sie mir nach, dass ich

zum letzten Teil Ihrer Frage, den Effekten der Entlastungsmaßnahmen in Deutschland auf die globale Ernährungssituation keine belastbaren Aussagen treffen kann. Mir liegen dazu keine Studien oder Fakten vor.

Gerne aber zum ersten Teil der Frage. Ich halte und hielt von Anfang an nichts von der „Hunger as a weapon-These“, die verschiedentlich etwa von Bundesministerin Baerbock, einigen ihrer Parteimitglieder oder auch medial propagiert wurde. Demnach wurde gemutmaßt, Moskau würde auf massive Getreideausfuhrbeschränkungen setzen, um Hunger im Globalen Süden zu erzeugen und somit Flüchtlingswellen nach

.....
*Ein Patentrezept zur Erreichung
 des ersten Nachhaltigkeitsziels
 gibt es sicher nicht*

Westeuropa und USA auszulösen. Diese Vermutungen waren und sind unrealistisch. Erstens würden importabhängige Regionen mit einer eher neutralen Konfliktposition in Folge von Lieferengpässen gepaart mit höheren Preisen besteuert, sprich „bestraft“, während die großen Getreideanbieter der Europäischen Union und Nordamerikas stark profitieren und „belohnt“ würden. Dies wäre gegenwärtig kaum im Interesse Moskaus. Zweitens ist dies auch keine durchsetzbare geopolitische Strategie. Wie wir zuvor besprochen haben, können marktliche Anpassungsvorgänge, sowohl angebots- als auch nachfrageseitig, weitgehend die fehlenden Mengen ersetzen. Und dies haben sie auch. Und drittens ist bisher, nach einem Jahr Krieg, nichts dergleichen geschehen. Russland hat seine Getreideexporte zumindest bisher nicht (wesentlich) eingeschränkt und liefert weiterhin. Vielmehr noch, im Rahmen des Getreideabkommens hat Russland auch der Ausfuhr von ukrainischer Ware zugestimmt.

Bitte erlauben Sie mir noch eine Bemerkung dazu. Mir ist das regelmäßige Aufwerfen der „Weaponising-These“ von politischer und medialer Seite wenig verständlich. Lenkt dies doch die Aufmerksamkeit von zentralen Ursachen des Hungerproblems ab, wie Armut, kriegerischen Auseinandersetzungen in den Regionen, den Folgen von Dürren oder auch den weltweiten preistreibenden Ausfuhrbeschränkungen und Agrarhandelschemmnissen. Allein im Kriegsjahr 2022 wurden solche Beschränkungen von rund 30 Ländern durchgeführt und betrafen bis zu 15 Prozent des in-

ternationalen Agrarhandels. Natürlich führt dies zu Knappheiten und Preissteigerungen und damit zur Verschärfung von Mangelsituationen. Solche, wie ich finde recht gedankenlos vorgebrachten „Thesen“ führen dann nicht nur zu Fehleinschätzungen der Lage, sie behindern vielmehr die Identifikation und Durchführung geeigneter Handlungsoptionen zur Reduktion von Nahrungsmangel.

POLITIKUM: Was müsste Ihrer Ansicht nach kurzfristig passieren, um den Globalen Süden nicht weiterhin mit den Folgen allein zu lassen?

Thomas Glauben: Kurzfristig – keinesfalls längerfristig – stellen internationale Nahrungsmittelhilfen sicherlich ein probates Mittel dar, um sehr akuten Hungersituationen und Nahrungsengpässen zu begegnen. So wurde die finanzielle Ausstattung des World Food Programms (WFP), welches mit Nahrungslieferungen Soforthilfe betreibt, in 2022 deutlich um ca. 5 Mrd. US\$ auf rund 14 Mrd. US\$ aufgestockt. Deutschland liefert hier mit rund 2 Mrd. US\$ neben den USA den größten finanziellen Beitrag. Zusätzlich sind Unterstützungsmaßnahmen in den Ländern selbst, wie Einkommensbeihilfen oder Nahrungsmittelsubventionen, geeignet, um kurzfristig zu helfen. Auch individuelle Ernährungsanpassungen in Richtung, wenn man so will, „einfacherer“ Mahlzeiten, können zumindest eine kleine Weile das Allerschlimmste vermeiden und werden in solchen Notsituationen von den Menschen praktiziert. Auch wenn dies alles andere als wünschenswert ist und Nährstoffmangel zu gesundheitlichen Schäden führen kann.

POLITIKUM: Reiche Staaten wie Deutschland suchen sich nicht nur neue Lieferanten und treiben mit ihrer Nachfrage die Preise in die Höhe. Auf der Ebene der

Europäischen Union wird versucht, sich zwischen den Mitgliedsstaaten stärker abzustimmen und als kollektiver Nachfrager eine größere Marktmacht gegenüber den Anbietern von Öl und Gas aufzubauen. Diskutiert wird auch, protektionistische Instrumente zu stärken und allgemein stärker auf De-Globalisierung zu setzen. Wie beurteilen Sie diese politischen Interventionen auf dem Markt und die Debatten um eine „Rückabwicklung“ der globalen Verflechtungen?

Thomas Glauben: Auch nach meiner Wahrnehmung werden Stimmen zu Abschottung bis hin zu Autarkie immer lauter. Spätestens seit den Versorgungsengpässen in Folge der Corona-Krise und einmal mehr seit Beginn des Ukraine-Kriegs. Auch mit Forderungen nach weitreichenden Werteübereinstimmungen als *conditio sine qua non* für die Gestaltung und Ausübung transnationaler (Agrar-)Handels- und Geschäftsbeziehungen wird nicht zurückgehalten.

Diese Stimmen hegen offensichtlich die Hoffnung, dass Abschottung vom internationalen Handelsgeschehen und weitreichende Selbstversorgung bei vielen Gütern, so auch Agrargütern, in Zukunft das Rezept sei, Versorgungsrisiken zu reduzieren. Gleichzeitig wird argumentiert, „Wandel durch Handel“, was auch immer dies genau sein mag, hätte sich nicht durchgesetzt, und darum könne man auch Handelsbeziehungen zu nicht „like minded“ Nationen aussetzen bzw. reduzieren. Ich halte solche Forderungen für wenig durchdacht und für die Lösung globaler Herausforderungen, wie etwa die Bekämpfung von Hunger, nicht förderlich. Im Gegenteil, sogar für kontraproduktiv. Im Übrigen dürften solche Forderungen in der Realität, ohne ein planwirtschaftlich-bürokratisches Monster zu schaffen, auch kaum durchsetzbar sein.

© picture alliance / Photoshot



Internationale Nahrungsmittelhilfen sind kurzfristig ein unverzichtbares Mittel.

POLITIKUM: Könnten Sie näher erläutern, was Sie damit meinen?

Thomas Glauben: Gern. Erstens, wenn ein merklicher Teil von Agrargütern „nach Plan“ nur im eigenen Land produziert wird, dann können relative Kostenvorteile nicht genutzt werden und höhere Nahrungspreise sind die Folge. Auch – dies nur am Rande – würde man auf Diätvielfalt verzichten müssen. Letztendlich stünde man vor einer Mangelwirtschaft bzw. in ärmeren Regionen des Globalen Südens vor einem Zusammenbruch des Versorgungssystems. Zweitens, durch den Rückgang globaler Handelsbeziehungen können etwa witterungs-, krisen- oder politikbedingte Versorgungsengpässe in bestimmten Regionen nicht durch (zusätzliche) Lieferungen aus anderen Regionen abgemildert werden. Je verbreiteter nun protektionistische Abschottung ist, desto schwächer ist das „Sicherheitsnetz des Welthandels“ und desto weniger können Risiken „geteilt und kontrolliert“ werden. Nach meiner Einschätzung stünde es mit dem Hunger in der Welt noch weitaus schlechter. Drittens, das vermeintliche „Wandel durch Handel“-Anliegen war und ist mir noch immer unverständlich. Offener und wettbewerblich organisierter Handel dient in allererster Linie der möglichst kostengünstigen Versorgung der Weltbevölkerung mit (Agrar-)Gütern und Dienstleistungen und zeichnet sich als resilientes System zur Überwindung regionaler Produktions- und Versorgungsengpässe aus. Und hier macht der Handel, sieht man von realitätsfernen „Nirwana-Vorstellungen“ ab, einen ganz guten Job. Ein positiver Seiteneffekt ist sicherlich auch, dass Handelsbeziehungen ebenso wie beispielsweise der internationale wissenschaftliche und kulturelle Austausch eine Annäherung und Verständigung zwischen unterschiedlichen Ländern begünstigen. Aber es kann – und sollte – sicherlich nicht die Aufgabe von Handeltreibenden sein, so etwas wie eine „wertebasierte“ Außenpolitik zu betreiben oder gar politische Systemänderungen in anderen Ländern zu propagieren. Wo wäre hier das Mandat des Handels?

POLITIKUM: Mit der sogenannten Agenda 2030 hat sich die Weltgemeinschaft darauf verpflichtet, Hunger zu bekämpfen. Dem ersten Nachhaltigkeitsziel zufolge soll bis 2030 kein Mensch mehr in extremer Armut – also von weniger als 1,90 US\$ am Tag – leben. Die Welt scheint weit davon entfernt, und auch vor der Pandemie und dem Krieg war evident, dass das Ziel

verfehlt werden wird. Man könnte also argumentieren, dass wir durch die aktuellen Verwerfungen eine Zuspitzung erleben, in der sich allgemeinere Probleme in den Wirkweisen des Welthandels und der Machtstrukturen zwischen den Staaten ausdrücken. Teilen Sie diese Einschätzung?

Thomas Glauben: Ja. Leider ist, trotz vieler Anstrengungen und auch Erfolge in der jüngeren Vergangenheit, nicht zu erwarten, dass die Welt in 2030 frei von Hunger oder gar Armut ist. Auch die Rückschritte in der Hungerbekämpfung, sprich die wieder steigende Zahl unterernährter Menschen seit Ende des vergangenen Jahrzehnts sind mehr als besorgniserregend. Nach Schätzungen der Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) werden im Jahr 2030 immer noch ca. 700 Millionen Menschen unterernährt sein, also knapp 10 Prozent der Weltbevölkerung. Ich sehe hier allerdings nicht das grundlegende Problem im Welthandel an sich oder in einer zu starken Anbieterkonzentration, etwa bei dem für die Ernährungssicherheit so wichtigen Weizenhandel. Ganz im Gegenteil, im globalen Maßstab hat sich in den vergangenen 30 Jahren beispielsweise die durchschnittliche Anzahl von Lieferantländern pro importierendes Land von 5 auf 18 Länder erhöht und auch die Anteile der jeweils größten Lieferanten der importierenden Länder an den Gesamtimporten haben sich in der Zeit halbiert. Der Markt ist also, wenn man so will, immer weniger „konzentriert“. Auch statistisch-ökonomische Studien geben keine belastbaren Hinweise auf die Ausübung von Marktmacht im internationalen Getreidehandel im größeren Stil.

POLITIKUM: Was müsste sich Ihres Erachtens auf struktureller Ebene langfristig ändern, um das erste Nachhaltigkeitsziel zu erreichen? Schließlich werden die Staaten dabei nicht an einem ihnen äußerlichen Maßstab gemessen, sondern an etwas, zu dem sie sich selbst verpflichtet haben.

Thomas Glauben: Ein Patentrezept hierfür gibt es sicher nicht. Zumindest ist mir keines bekannt. Viele nationale und internationale Organisationen, wie die Weltbank oder die FAO, und auch zivilgesellschaftliche Akteure arbeiten mit Hochdruck daran und können durchaus auf beachtliche Erfolge verweisen. Afrika verzeichnet durchaus auch wirtschaftliche Fortschritte. Es bildet sich eine neue Mittelschicht heraus, es entstehen Technologiezentren, marktorientierte Reformen

konnten umgesetzt werden und eine Freihandelszone wurde gebildet, der 54 der 55 Länder des Kontinents angehören. Dennoch, man darf sicher keine Wunder erwarten. Armut und Hunger können nicht einfach oder gar schnell mit großen Systemreformen oder ähnlichem „wegtransformiert“ werden. Und schon gar nicht am Reissbrett mit planwirtschaftlich orientierten Blaupausen. Es sind Entwicklungsprozesse, die Zeit und auch Geduld benötigen, Prozesse, die auf lokaler, regionaler und globaler Ebene stattfinden und stattfinden sollten.

POLITIKUM: Welche Ansätze lassen sich auf lokaler Ebene wiederfinden, können Sie dazu ein Beispiel nennen?

Thomas Glauben: Auf lokaler Ebene gibt es erfolgversprechende innovative Ansätze, die Nahrungsmittelproduktion vor Ort nachhaltiger, climate-smart und ressourcensparend zu gestalten, um damit den Herausforderungen des Klimawandels, sprich den regelmäßigen Dürren, sowie Umweltansprüchen Rechnung zu tragen. Unser Institut entwickelt und begleitet solche Verfahren beispielsweise in Ägypten, Senegal und Marokko oder auch in China und Usbekistan. Investitionen in Forschung, Bildung und Beratung sowie in marktliche Infrastrukturen sind bekanntlich auch eine wichtige Voraussetzung für die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln. Gerade im Bereich Forschung und Bildung ist der internationale Austausch von erheblicher Bedeutung für lokale und regionale Entwicklungsprozesse. Aber man darf nicht übersehen, dass die häufigen lokalen und regionalen Ernährungskrisen, etwa durch Extremwetterereignisse oder Schädlingsplagen, nicht durch lokale Produktion abgefangen werden können. Es braucht Nahrungsimporte sowie Deviseneinnahmen, also Exporte, um sie zu finanzieren. Gerade für Afrika ist es darum wichtig, dass Russland und die Ukraine, die Hauptgetreidelieferanten des Kontinents, auch künftig integrale Teile des agrarischen Welthandelssystems bleiben. Schließlich, und dies ist vielleicht am wichtigsten, leiden besonders jene Regionen an Hunger und Unterernährung, die kriegerischen Konflikten ausgesetzt sind oder es lange waren: Südsudan, Somalia, Äthiopien, Jemen, Syrien und Afghanistan. Entsprechend braucht es auf globaler Ebene – allein schon aus Gründen der Nahrungsversorgung – erhebliche Anstrengungen von Seiten der internationalen Diplomatie, kriegerischen Konflikten in

den verschiedenen Weltregionen mit einem gescheiten Konfliktmanagement entgegenzuwirken.

POLITIKUM: Letzte Frage: Klimakrise und Armut sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Klimakrise selbst stellt durch die Zerstörung von Lebensgrundlagen eine Armutsursache dar. Trotzdem, verzweifeln Sie manchmal daran, dass Armut und Hunger – also die Krise, die hunderten Millionen von Menschen ein gutes Leben verunmöglicht – so wenig Aufmerksamkeit bekommt?

Thomas Glauben: Ich weiß gar nicht, ob Armut und Hunger wenig bzw. zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Was ich aber denke, ist, dass es zuweilen zu Fehleinschätzungen und Missverständnissen kommt. Zu Fehleinschätzungen, was die Ursachen und Folgen angeht – das Beispiel „Weaponising“ hatte ich eben genannt. Und auch, wenn es um gescheite Strategien zur Reduktion von Hunger geht.

Lassen Sie mich bitte drei Fehleinschätzungen betonen: Erstens, und zurückhaltend formuliert, die erhebliche Skepsis, die der Rolle des internationalen Agrarhandels für die Bewältigung von Hungerrisiken entgegengebracht wird. Wie schon diskutiert, bietet der Handel ein, wenn nicht *das* zentrale Sicherheitsnetz, um Ernährungsrisiken zu begegnen. Die zweite Fehleinschätzung, die wir eben schon kurz besprochen, sind die vermehrt vorgetragenen und sehr im Vagen gehaltenen „geopolitischen Überlegungen“, (Agrar-)Handelsbeziehungen nur noch mit wertekonformen Handelsnationen, sprich (rein) demokratischen Regimen, zu betreiben. Es ist leicht vorstellbar, dass sich dann die Anzahl von Handelspartnern schnell erschöpft. Autarkie, Mangelwirtschaft und Hunger im Globalen Süden sind die Folge. Der dritten Fehleinschätzung bin ich selbst erlegen. Und es waren nicht zuletzt die Geschehnisse in 2022, die mir auf die Sprünge geholfen haben. Es ist die Bedeutung einer gescheiten globalen Governance, die ich nicht hinreichend auf dem Schirm hatte. Einer Governance, um die großen globalen Herausforderungen zu bewältigen: die Befriedung kriegerischer Konflikte, den Klimawandel, den Hunger. Einer Governance, die möglichst alle relevanten und ausschlaggebenden Nationen konstruktiv einbindet.

Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter:
DOI <https://doi.org/10.46499/2192.2684>